

Krankenhäuser | 09.02.2024 | Nr. 50/24

Hauke Hansen: SPD bei Krankenhausreform völlig blauäugig

Auf Antrag von CDU und Bündnis 90/Die Grünen war im gestrigen Sozialausschuss die „Studie zur Simulation der Auswirkung einer Vorhaltefinanzierung“ der Vebeto GmbH Thema. Hierzu war die Krankenhausgesellschaft Schleswig-Holstein (KGSH) eingeladen worden, deren Landesgeschäftsführer Patrick Reimund den Ausschussmitgliedern die wesentlichen Inhalte transparent machte.

Danach gehe zum Beispiel aus der Studie hervor, dass das zwischen Bund und Ländern vereinbarte Ziel, die finanzielle Stabilisierung kleiner Krankenhäuser durch die Einführung einer Vorhaltefinanzierung, durch die Krankenhausreform nicht erreicht wird. Das Ziel Bürokratieabbau werde zum genauen Gegenteil: Mit einem hochkomplexen Berechnungssystem wird nicht nur weitere Bürokratie aufgebaut, es werden auch Fehlanreize für längere Wartezeiten bei bestimmten Behandlungen gesetzt.

"Das Ergebnis der Studie ist alarmierend: Nach aktuellem Stand verfehlt der Bundesgesundheitsminister wesentliche Ziele der Krankenhausreform deutlich. Grund hierfür ist auch, dass es im Verfahren gravierende handwerkliche Fehler gab und gibt: Wesentlichen Akteuren im Krankenhauswesen werden nicht oder nicht ausreichend beteiligt. Ohne eine ganzheitliche Betrachtung von den hochkomplexen Zusammenhängen wird eine Krankenhausreform niemals erfolgreich sein können.

Leider ist die SPD im Land bei der Krankenhausreform des eigenen Bundesgesundheitsministers völlig blauäugig. Während die Gesundheitsministerin im Land zurecht konstruktive Kritik einbringt, versucht die SPD im Landtag alle Bedenken der Beteiligten im Gesundheitssystem wegzuwischen und zündet mit ihrer Kritik an der Krankenhausplanung im Land Nebelkerzen. Laut KGSH machen die Krankenhäuser im Land aktuell jede Stunde rund 21.000 Euro Defizit. Der Verantwortliche für diese Misere der Krankenhäuser und Kliniken in ganz Deutschland sitzt in Berlin. Die SPD im Land wäre gut beraten, ihren Einfluss auf ihren Parteigenossen Lauterbach zu nutzen, um die Krankenhausreform endlich auf den richtigen Weg zu bringen“, so Hansen.